



Die Suche nach der Wahrheit im Libanon – Das Jahr nach der Mandatsverlängerung Lahouds

Samir Farah, FES Beirut
Ende September 2005

- Der libanesischen Staatspräsident Emile Lahoud gerät ein Jahr nach der von Syrien protegierten, verfassungswidrigen Verlängerung seiner Amtszeit durch die Verhaftung von vier ehemaligen Sicherheitschefs und engen Vertrauten immer stärker unter Druck.
- Mit Spannung wird der Bericht des deutschen UN-Ermittlers Detlev Mehlis erwartet, der am 21. Oktober veröffentlicht werden soll. Mehlis hatte zuletzt im September in Damaskus hochrangige syrische Regierungsvertreter verhört.
- Die ungewisse politische Entwicklung und nicht zuletzt 13 Bombenanschläge seit der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar haben zu einem verstärkten Gefühl der Unsicherheit unter Libanesen geführt. Zahlreiche Politiker haben sich ins Ausland abgesetzt.

Die Ereignisse in Beirut überschlugen sich in diesen Tagen. Der Bericht des deutschen Chefs der internationalen Untersuchung des Anschlags auf den ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri, Detlev Mehlis, soll am 21. Oktober veröffentlicht werden. Mehlis, der voraussichtlich Ende September den Libanon verlassen wird, hat den Bericht bereits an die libanesischen Justiz weitergeleitet. Bisher wurden im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hariri vier libanesischen Sicherheitschefs verhaftet. Der ehemalige Geheimdienstchef Jamil Sayyed, der Chef der inneren Sicherheitskräfte Ali Hajj, der frühere Militärgeheimdienstchef Raymond Azar und der derzeitige Chef der Präsidentengarde Mustafa Hamdan, wurden offiziell des „Mordes, des versuchten Mordes und der Durchführung eines terroristischen Aktes“ angeklagt. Darüber hinaus wurden bislang vier Händler von Mobiltelefonen festgenommen.

Die Verhaftung der vier Sicherheitschefs und engsten Vertrauten des Präsidenten Emile Lahouds, dessen von Syrien im September 2004 erzwungene Mandatsverlängerung auf großen Widerstand bei libanesischen Politikern und in der Bevölkerung stieß, bringt diesen endgültig in

politische Bedrängnis. Die Stimmen, die angesichts Lahouds zunehmender Isolation seinen Rücktritt fordern, werden trotz seiner Ankündigung, bis zum offiziellen Ablauf seines Mandates 2007 im Amt zu bleiben, stetig lauter.

Die verfassungswidrige Verlängerung der Amtszeit Lahouds stand im vergangenen Jahr am Anfang der neuen Spannungen im Libanon. Eine breite Opposition gegen die Mandatsverlängerung, die Einmischung Syriens in innerlibanesischen Angelegenheiten sowie die Allmacht der syrischen und libanesischen Geheimdienste formierte sich zunächst unter dem Drusenführer Walid Jumblatt. Zunehmende Unterstützung erfuhr dieser durch Rafik Hariri, den schärfsten Gegner des Präsidenten und ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten. Zwar hatte sich Hariri während seiner Amtszeit, nachdem der syrische Präsident Bashar Assad einen „Flächenbrand im Libanon“ angedroht hatte, dem syrischen Druck gebeugt und durch seine Zustimmung einer Amtsverlängerung Lahouds den Weg geebnet, dennoch reichte er kurz danach als Zeichen des Protestes seinen Rücktritt ein.

Weiteren Zulauf erhielt die Opposition nach dem Anschlag auf Marwan Hamade am 1. Oktober 2004. Das Attentat, welches der Parlamentarier und ehemalige Wirtschaftsminister nur knapp überlebte, wurde von der Oppositionsbewegung eindeutig im Zusammenhang mit seinem Rücktritt aus Protest gegen die Verlängerung der Amtszeit Lahouds gesehen und als Warnung an seine politischen Freunde Jumblatt und Hariri verstanden, den politischen Oppositionskurs nicht weiter zu führen.

Auch von internationaler Seite erhielt die Oppositionsbewegung Rückenwind durch die von den USA und Frankreich forcierte Verabschiedung der UN-Resolution 1559, welche die Nichteinmischung Syriens in innerlibanesischen Angelegenheiten, den Rückzug der syrischen Truppen und des syrischen Geheimdienstes aus dem Libanon sowie die Entwaffnung aller Milizen, vornehmlich der schiitischen Hizbullah, fordert. Die Resolution wurde einen Tag vor der Mandatsverlängerung Lahouds vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet und stellt die Grundlage des internationalen Drucks auf die politische Entwicklung im Libanon während der letzten Monate dar.

Das Attentat auf Hariri am 14. Februar 2005, dessen Drahtzieher schnell auf Seiten der Syrer und des libanesischen Regimes vermutet wurden, führte zu Massenprotesten. Außer den traditionell pro-syrischen Politikern sowie den schiitischen Gruppen Amal und Hizbullah stand die libanesischen Bevölkerung konfessionsübergreifend hinter den Forderungen der Opposition nach dem syrischen Truppenrückzug und einem Abzug des syrischen Geheimdienstes aus dem Libanon, einer internationalen Untersuchung des Attentates auf Rafik Hariri, dem Rücktritt der Regierung, der Absetzung des libanesischen Sicherheitschefs sowie der fristgerechten Abhaltung der Parlamentswahlen.

Nach massivem lokalen wie internationalen Druck trat die libanesischen Regierung unter dem Hariri-Nachfolger Omar Karami zurück und Syrien zog seine Truppen und seinen Geheimdienst ab. Ernüchternd wirkte sich hingegen die sechswöchige Phase politischen Stillstandes aus, welche auf die erneute Ernennung Omar Karamis zum Ministerpräsidenten am 8. März folgte. Die designierte Regierung versuchte vor allem auf Zeit zu spielen, um die Parlamentswahlen zu verschieben und so einerseits der Opposition den „Wind aus den Segeln zu nehmen“ und andererseits eine Verlängerung der Mandatszeit des überwiegend pro-syrischen Parlaments zu erzwingen. Nachdem Karami von den loyalistischen Politikern keine Unterstützung bei der Regierungsbildung erfuhr, legte er am 13.

April zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit sein Amt nieder und gab damit den Weg für ein politisches Fortkommen des Libanon frei. Mit der Ernennung Najib Mikatis zum neuen Ministerpräsidenten gewannen die Ereignisse wieder an Schwung, da der Geschäftsmann trotz sehr guter Beziehungen zu Syrien in dieser Lage sowohl die Unterstützung der Opposition als auch der Loyalisten genoss. Nach der Aufstellung eines 14-köpfigen Kabinetts, welches mit großer Mehrheit das nötige Vertrauensvotum gewann, hielt Mikati sein Versprechen, den Libanon unter seiner Regierung möglichst ohne Verzögerungen in die Wahlen zu führen.

Bei den anschließenden Parlamentswahlen, die von der libanesischen Presse als „erste freie Parlamentswahlen seit 30 Jahren“, also seit Beginn des Bürgerkrieges, bezeichnet wurden, gewann das Oppositionsbündnis unter Leitung von Hariris Sohn Saad erwartungsgemäß die Mehrheit. Die Regierungsbildung gestaltete sich schwierig. Dennoch war sie das erste Mal seit 30 Jahren „hausgemacht“, also eine rein libanesischen Angelegenheit. Saad Hariri verzichtete aufgrund seiner politischen Unerfahrenheit und der instabilen Sicherheitslage auf den Posten des Ministerpräsidenten und nominierte mit Fouad Siniora einen Vertrauten seines Vaters. Immer noch versucht Syrien mit Hilfe indirekten, sprich wirtschaftlichen Drucks Einfluss auf die Politik des Libanon zu nehmen. So wurden während der Regierungsbildung für drei Wochen die Grenzen zum Nachbarland für Lkws geschlossen – der Weg über Syrien ist der einzige Landweg für libanesischen Exportgüter.

Neues Parlament vor großen Herausforderungen

Die großen Herausforderungen, denen sich das neu gewählte Parlament stellen muss, sind die in der UN-Resolution geforderte Entwaffnung der Hizbullah (die mit 14 Abgeordneten im neu gewählten Parlament vertreten ist) und der palästinensischen Milizen, die Regelung des Status der Palästinenser im Libanon und die Gestaltung der Beziehungen zu Syrien. Vorerst liegt das Augenmerk auf der Zukunft des Präsidenten Lahoud, der durch die Festnahme seiner engsten Verbündeten stark unter Druck geraten ist. Die jetzt angeklagten hochrangigen Sicherheitsfunktionäre waren bereits kurz nach dem Attentat unter Verdacht geraten. Ihre Festnahme nährt abermals den Verdacht, dass auch der Staatspräsident, ein Protegé Syriens, seine Hand im Spiel hatte. Er hatte nach dem Anschlag die Bluttat lediglich als „Blödsinn“ bezeichnet.

Dass die Sicherheitskräfte etwas von den Anschlagplänen gewusst haben, ist so leicht nicht von der Hand zu weisen. Beispielsweise wurden vor dem Anschlag rund um den Ort des Geschehens die Straßen erneuert. Falls sich die Vermutung bewahrheitet, dass es sich um eine unterirdische Bombe gehandelt hat, so ist es quasi unmöglich, dass die Sicherheitsbehörden nichts bemerkt haben. Ein weiteres Rätsel gibt die nunmehr bestätigte Tatsache auf, dass die private Sicherheitsfirma, die für den Schutz des Gebietes zuständig ist, in dem der Anschlag stattfand, dem Sohn Emile Lahouds und dem Bruder des festgenommenen Sicherheitsbeamten Mustafa Hamdan gehört.

Bereits unmittelbar nach dem Mord hatte die libanesische Opposition den Vorwurf erhoben, das Nachbarland Syrien stecke hinter dem Attentat. Genährt wurden diese Spekulationen durch die politischen Umstände. Rafik Hariri war zwar aus Protest gegen den syrischen Einfluss von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten, hatte aber eine Kandidatur bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht ausgeschlossen. Die Furcht, Hariri könne bei den Wahlen zu stark werden und somit den politischen Einfluss Syriens im Libanon schmälern, könnte ein mögliches Tatmotiv gewesen sein.

Um offene Fragen mit den syrischen Behörden zu klären, reiste UN-Ermittler Mehlis Mitte September nach Damaskus; die syrischen Behörden hatten sich nur auf massiven internationalen Druck bereiterklärt, mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten. Berichten zufolge befanden sich unter den sieben von Mehlis befragten Persönlichkeiten der stellvertretende syrische Außenminister Walid Moallem sowie die Brigadegeneräle Ghazi Kanaan (derzeitiger Innenminister und langjähriger Chef des syrischen Geheimdienstes im Libanon) und sein Nachfolger im Libanon, Rustom Ghazaleh. Außerdem wurde der Schwager Bashir Assads und derzeitige Geheimdienstchef, Brigadegeneral Asef Shawkat, verhört.

Fraglich ist, wie die pro-syrische Hizbullah reagiert, wenn man ihr eine Täterrolle zuweist. Die schiitische Partei ist Gegenstand der neuesten Spekulationen – obwohl es zunächst keinen Beweis für eine Beteiligung der Hizbullah an der Ermordung Hariris gibt und dieser Vorwurf nichts weiter als ein Gerücht sein könnte, das von anderen schuldigen Parteien in die Welt gesetzt wurde, um das Ergebnis des Untersuchungsberichts zu beeinflussen.

Erhöhte Sicherheitsstufe nach 13 Anschlägen

Je näher der Fristablauf für den UN-Bericht über die Ermittlungen im Fall Hariri rückt, desto angespannter wird die Situation im Libanon. Mittlerweile wurde die Sicherheitsstufe heraufgesetzt. Zu Recht: Seit dem 14. Februar diesen Jahres hat es 13 Bombenanschläge in Beirut gegeben, einige Personen, die als anti-syrisch galten, fielen Autobomben zum Opfer, darunter der frühere Generalsekretär der kommunistischen Partei Libanons, Georges Hawi, und der anti-syrische *An Nahar*-Journalist Samir Kassir. Die vorerst letzte Explosion ereignete sich am Abend des 25. September, als der Wagen der Fernsehmoderatorin May Chidiak explodierte. Sie überlebte den Anschlag schwer verletzt. Erst am Morgen desselben Tages hatte Chidiak in ihrer politischen Talkshow eine Diskussion über die Zukunft des syrischen Regimes angeregt. May Chidiak moderierte im anti-syrischen Fernsehsender LBC (*Lebanese Broadcasting Corporation*, gegründet von der Christenmiliz *Forces Libanaises*).

Auf den Beiruter Strassen herrscht große Unsicherheit. Die zahlreichen Sicherheitschecks, die allgegenwärtige Polizei und Soldaten mit geladenen Maschinengewehren sollen jetzt ein Gefühl der Sicherheit geben. Abgesehen von der Verbreitung von Verunsicherung und Furcht in der Bevölkerung scheint das Motiv hinter den Bombenanschlägen vorerst der Wunsch nach einer Schwächung der wirtschaftlichen Lage zu sein. So investierte die libanesische Zentralbank seit Mitte Februar bereits zwei Milliarden US-Dollar ihrer Fremdwährungsreserven in die Stabilisierung des libanesischen Pfundes. Weitere wirtschaftliche Folgen werden sich ohne Zweifel im Tourismussektor bemerkbar machen. Gravierend sind darüber hinaus die wirtschaftlichen Auswirkungen des Abzugs der billigen syrischen Gastarbeiter, so dass der Bausektor de facto lahmgelegt ist und auch der Landwirtschaftssektor vor großen Problemen steht.

Angesichts der instabilen Sicherheitslage haben nun mehrere Syrien-kritische Politiker den Libanon in Richtung Frankreich verlassen, darunter selbst der Sohn des ermordeten Ministerpräsidenten, Saad Hariri, mehrere Minister und Parlamentarier. Der Abgeordnete und Herausgeber der libanesischen Tageszeitung *An-Nahar*, Gibran Tuani, sagte, die libanesischen Behörden hätten ihn darüber informiert, dass sein Name auf einer Liste stehe „und dass ich mir um unsere Sicherheit Sorgen machen müsse“. In einem Interview mit dem Fernsehsender *Al Arabiya* bekräftigte Saad Hariri die Aussage Tuanis. Nicht nur er, sondern die ganze

Hariri-Familie müsse um ihr Leben fürchten. Ganz sicher, so Hariri, seien sie nicht nach Paris gefahren, um Urlaub zu machen.

Allerdings nutzen die Politiker ihre Auslandsaufenthalte auch für Lobbyarbeit. Auf der UN-Vollversammlung Anfang September erschienen die führenden politischen Persönlichkeiten des Libanon unabhängig von einander. Staatspräsident Emile Lahoud bestand darauf, den Libanon mit einer 80-köpfigen Delegation in New York zu vertreten, obwohl er von fast allen öffentlichen Veranstaltungen ausgeschlossen war. Für Saad Hariri hingegen standen alle Türen in New York und Washington offen. Ministerpräsident Fouad Siniora sicherte sich Zusagen für wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft.

Rafik Hariri ist überall. Kleine Porträts kleben in Taxis und an Ladentüren. Übergroße Transparente hängen über mehrere Stockwerke von Häuserwänden herab. Sie zeigen den Ex-Premier als Privatmann, als Politiker und als Bauunternehmer. „Mr. Lebanon“ wurde Hariri aufgrund seiner Schlüsselrolle beim Wiederaufbau des Landes in den Nachkriegsjahren genannt. Unter den Bildern von ihm steht meist nur „Al Haqiqa“ – „die Wahrheit“. Manchmal liest man diese Worte auch als schlichte weiße Buchstaben auf schwarzem Transparent ohne Bilder. Jeder weiß, was gemeint ist, jeder spricht darüber.

Vorbereitungen für weitere Verhaftungen

Die Wahrheit will auch der deutsche Chefermittler Mehlis herausfinden, der zunehmend mit den Untersuchungsergebnissen an die Öffentlichkeit geht. Die Verhaftung der ehemaligen Sicherheitsbeamten und der Telefonhändler wird nun als erster Schritt der internationalen Untersuchung angesehen. Im größten Gefängnis des Landes wurden inzwischen 25 Räume mit eigenen Bädern, Klimaanlage und großen Schreibtischen ausgestattet. Zugleich befürchten libanesische Offizielle jedoch, dass die Justiz allein nicht in der Lage sein wird, die Verantwortlichen für den Hariri-Mord vor Gericht zu bringen.

Justizminister Charles Rizk gab in einem Radiointerview kurz vor dem Anschlag auf May Chidiak bekannt, dass er mit Mehlis die Möglichkeit kontinuierlicher Hilfe der UN besprochen habe.¹ Der Bericht zur Ermordung Hariris enthält laut Aussage des Justizministers „dangerous information, not only accusations but also names of non-Lebanese persons.“ Auf

die zu erwartenden Namen gab derweil der ehemalige Innen- und derzeitige Verteidigungsminister einen Hinweis. In einem Telefonbeitrag zur populären Talkshow „Kalem al-Nas“ am 27. September beschuldigte er Rustom Ghazaleh als Urheber des Anschlags auf seinen Konvoi im Juli 2005. Öffentlich nehmen die Sicherheitswarnungen zu. Auf Bitte von Ministerpräsident Siniora trafen Ende September US-Sicherheitsexperten in Beirut ein. Siniora hat zudem bereits mehrfach seine Befürwortung eines internationalen Gerichtsverfahrens betont.

Anschlag als Auftakt zu Veränderungen?

Die Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass sie einen souveränen Libanon will. Dennoch erscheint die politische Zukunft des Zedernstaats ungewisser denn je. Vor wenigen Wochen noch hatte der frühere Geheimdienstchef und jetzt verhaftete Jamil Sayyed der Zeitung *Al Hayat* gesagt, wer auch immer die Ermordung Hariris geplant habe, müsse entweder „ein Einstein oder ein Esel“ sein. Viel zu lange hat die Wahrheit im Libanon keine Rolle gespielt, so dass sich Mörder immer als „Einsteins“ gerierten. Nun ist es an der Zeit, dass Chef-ermittler Mehlis beweist, dass die Täter „Esel“ waren, denn ohne eine vollkommene Aufklärung des Attentats an Hariri, ohne die von den Libanesen geforderte „Wahrheit“ wird es keinen neuen Libanon geben können. Mehlis' Abschlussbericht wird Ende Oktober erwartet. Falls Lahoud, als Mann Syriens, eine Mitschuld an der Ermordung Hariris tragen sollte, betrifft dies das syrische Regime direkt. Soviel steht heute schon fest: Das Attentat auf Hariri und dessen Aufklärung kann möglicherweise der Anlass für tiefgreifende politische Entwicklungen nicht nur auf nationaler libanesischer Ebene, sondern im gesamten Nahen Osten sein.

Ansprechpartner:

Dr. Andrä Gärber, Tel: 030-26935-729
E-Mail: Andrae.Gaerber@fes.de (verantwortlich)
Achim Vogt, Tel: 030-26935-717
E-Mail: Achim.Vogt@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Sie finden den Kurzbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der Region auf <http://www.fes.de/naho>

¹ „I told him not to leave us in a sea of turmoil; the UN assistance has to continue even after Mehlis presents his final report on October 21.“